

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

67. Sitzung
23. März 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 15.45 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0268](#)
WiEnBe
**FinTech-Hauptstadt Berlin: Standortfaktoren und
Zukunftsaussichten**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0274](#)
WiEnBe
**Fintech in Berlin, aber mit Verantwortung –
innovativ, transparent und gemeinwohlorientiert**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zu diesem Punkt der Tagesordnungspunkt darf ich die Anzuhörenden begrüßen, das ist einmal Herr Dr. Schäfer, Geschäftsführung des House of Finance and Tech Berlin GmbH – HoFT –, und zum Zweiten Herr Arnd Schwierholz, Co-CEO, Managing Director & Chief Financial Officer, N26 SE – herzlich willkommen!

Bevor wir in die Anhörung einsteigen, stelle ich jetzt erst mal die Frage nach dem Wortprotokoll. Wünschen wir ein Wortprotokoll? – Alle nicken, also nehmen wir ein Wortprotokoll, wie immer gemäß § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung haben wir Einvernehmen. – Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 a durch die Fraktionen von CDU und SPD. Wer macht das? – Der Kollege Schaal für die CDU-Fraktion!

Lucas Schaal (CDU): Vielen Dank, dass Sie da sind und wir heute über dieses Thema sprechen können! – Denn es ist in Berlin ein wahnsinnig aktuelles Thema und ein sehr bedeutsames Thema für den Wirtschaftsstandort Berlin. Wir haben 189 Unternehmen in Berlin, die man in den Bereich Fintech fassen kann, 24 Scale-ups, schon jetzt 12 000 Arbeitsplätze, und wir erleben ja in der Finanzwirtschaft – auch jeder als Kunde – eine Transformation vom klassischen Bankgeschäft, der klassischen Hausbank, hin zu einer dynamischen Finanzwirtschaft. Da sind wir stolz, dass diese Entwicklung auch in Berlin ihre Früchte trägt und in Berlin stattfindet.

Mehr als zwei Drittel aller deutschen Fintechs sind in Berlin ansässig. Wir haben mehr Fintech-Unternehmen als München, Frankfurt, Hamburg und Köln zusammen und ziehen einen erheblichen Teil des Venturecapitals in dem Bereich an unseren Standort. Das ist natürlich etwas, über das wir mit Ihnen sprechen wollen, wie wir als Standort davon profitieren können, was wir als Standort auch noch für Hausaufgaben haben. Natürlich ist Berlin eine wahnsinnig internationale Stadt mit hoher Innovationskraft, kultureller Offenheit, das sind natürlich alles Sachen, die wir schon haben, die Ihnen und der gesamten Fintech-Branche zugutekommen, weil dort in der Regel junge Menschen arbeiten, für die das ein wichtiger Standortfaktor ist. Da ist Berlin, denke ich, ganz gut aufgestellt.

Aber wir wissen auch, dass wir Hausaufgaben haben, um unsere Stadt noch sauberer, sicherer und effizienter zu machen. Darüber wollen wir mit Ihnen sprechen, wie wir etwas Gutes für Sie tun können, was Sie Gutes natürlich für den Standort Berlin tun können und wie wir gemeinsam miteinander im Bereich Fintech wachsen können.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gibt es aus der Koalition noch weiteren Besprechungsbedarf? – Nein! – Dann komme ich zu Punkt 2 b. – Frau Kollegin Bozkurt, bitte!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Der Kollege Schaal hat jetzt wichtige Daten, Zahlen, Fakten genannt. Wir sind ja hier der Wirtschaftsausschuss, wir jonglieren gern mit Zahlen. Das kennen Sie wahrscheinlich aus Ihrem Business auch. Ich freue mich, dass wir ein so wichtiger Fintech-Standort sind. Wir haben ja demnächst auch wieder die FIBE, die jetzt im April auch wieder starten wird. Ich war letztes Jahr auch vor Ort, es war auch sehr imposant zu beobachten, was sich tatsächlich in dem Bereich tut.

Aber jenseits der Innovations- oder Standortdebatten interessiert mich natürlich, was es konkret für unsere Wirtschaft bedeutet. Schaffen wir hier neue Wertschöpfung, oder organisieren wir vor allem die Finanzmärkte neu? Das gilt es heute zu verstehen oder zumindest Fragen

dazu zu stellen. Oder verschieben wir Wertschöpfung stärker in den Finanzbereich, ohne dass reale Produktion entsteht? Denn das ist ja ein Fokus, den jeder Standort haben sollte, dass es Produktion und produktionsgebundene Arbeitsplätze gibt.

Wenn wir öffentliche Mittel einsetzen, woran messen wir eigentlich, ob es sich lohnt, auch im Vergleich zu anderen Transformationsfeldern, ob denn hier Transformation entsteht oder nicht? Deshalb würde ich gern die Anhörung nutzen, um genau diese Fragen besser zu vertiefen. Da können Sie uns vielleicht ein bisschen auf die Sprünge helfen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Das waren die Begründungen. – Dann gehen wir in die Anhörung über und kommen zu Ihren Stellungnahmen. Wir haben hier die Grundregel, dass Sie in fünf Minuten Ihr Statement abgeben. In der Fraktionsrunde werden dann Fragen gestellt, danach haben Sie die Möglichkeit, noch mehr auszuführen. – Herr Dr. Schäfer, Sie sind alphabetisch der Erste, bitte sehr!

Dr. Sebastian Schäfer (HoFT Berlin): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Damen und Herren! Ich bin jetzt seit September 2024 Geschäftsführer und freue mich sehr, dass ich die Gelegenheit habe, ein bisschen über das HoFT und den Fintech-Standort zu berichten. Vielleicht noch mal drei, vier weitere Fakten zu dem hiesigen Ökosystem: Mit Trade Republic haben wir jetzt auch das wertvollste Fintech hier in Berlin. N26 kann man guten Gewissens als eine der Gründerschmieden nennen, insgesamt 34 Ausgründungen, die seitdem aus dem Unternehmen entstanden sind. Ein weiteres Beispiel mit Upvest, was gerade in der Presse war, mit 125 Millionen Funding. Man sieht, es ist ein sehr dynamisches Ökosystem, was auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze einzahlt und wirklich auch international wahrgenommen wird.

Aber Fintech ist nicht nur Wirtschaftsförderung, es ist auch ein Werkzeug für Chancengleichheit. Wir haben den Berliner Score für Finanzgesundheit im letzten August gemessen und dabei feststellen können, dass auch viele Berlinerinnen und Berliner – und das ist die andere Seite – eben kaum Ersparnisse, wenig Zugang zu Vermögensaufbau und keine ausreichende Altersvorsorge haben.

Gerade hier können eben digitale Finanzlösungen auch eine wichtige Rolle spielen, weil sie niederschwellig, verständlich, greifbar und erlebbar sind. Wir haben im Rahmen unserer Aktivitäten in den letzten anderthalb Jahren auch daran gearbeitet, das sozusagen in unserem Finanzgesundheitszentrum erlebbar zu machen, wo man über seine aktuelle Situation sehr einfach informiert werden und darauf seine ganz persönliche Finanzplanung starten kann. Ich als Verhaltensökonom kann wirklich sagen, eine so neutrale Plattform hilft, weil es dort nicht primär um Produktverkauf geht, sondern auch darum, die Menschen zu befähigen, informierte Entscheidungen zu treffen. Das ist gar nicht so kompliziert, wenn man es entsprechend einfach aufbereitet.

Vielleicht zum Schluss zu der institutionellen Zuwendung, die das House of Finance and Tech für 2024 und 2025 erhalten hat: An der Stelle noch mal ein ganz großes Dankeschön für das Vertrauen und die Unterstützung! Wir haben diese Mittel vor allem in drei Bereichen eingesetzt, zum einen, um das Netzwerk zusammenzubringen. Wir haben über 50 Veranstaltungen mit circa 2 000 Teilnehmenden durchgeführt. Wir haben eine physische und eine digitale Infrastruktur aufgebaut, unter anderem auch verschiedene Veröffentlichungen rund um den Finanzgesundheitscore bereitgestellt. Auch hier schon mal die Einladung, das vielleicht in der Saarbrücker Straße 36 in der Backfabrik zu erleben, wo das inzwischen alles aufgesetzt ist! Der dritte Part natürlich in dem Personalaufbau des Kernteams und des Ökosystemmanagements!

Das Ganze hätte nicht funktioniert, wenn es diese Anschubförderung nicht gegeben hätte, denn die hat sozusagen das private Kapital nachgezogen. Der Plan ist, dass die institutionelle Zuwendung in Höhe von 3,6 Millionen Euro bis 2028 von den privaten Fördervereinsmitgliedern, worunter auch N26 zu zählen ist, gespiegelt sein wird. Insofern ein sehr schönes Beispiel dafür, dass ein staatlicher Zuschuss, ein Einbringen in ein Ökosystem helfen kann, Themen zusammenzuführen, die sonst nicht privat gestemmt werden könnten! Wie gesagt, wenn man überlegt, wo wir hier in Berlin sind, mit dem Score von 53 von 100 – – Also wer diesen Score selber mal machen möchte, kann das unter finwell-score.de tun. Dann kann man sehen, wo Sie Ihren Score haben. Bei 53 von 100 haben wir, glaube ich, noch Potenzial nach oben. Unser Ziel wäre, mit dem House of Finance and Tech und mit allen Akteuren, die dazu beitragen wollen, Berlin tatsächlich auf die 60 zu bringen. Das wäre, glaube ich, ein schönes Ziel, nicht nur den innovativsten, sondern auch den gesündesten Finanzplatz Europas aufzubauen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann Herr Schwierholz, bitte!

Arnd Schwierholz (N26 SE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Auch von meiner Seite herzlichen Dank, diesen Diskurs heute zum Fintech-Standort Berlin führen zu können! Wir bei N26 werden gelegentlich noch als Start-up bezeichnet, aber die Realität ist inzwischen eine andere. Wir sind eine erwachsene Digitalbank geworden, profitabel, nachhaltig aufgestellt und made in Berlin. N26 ist eine echte Berliner Erfolgsgeschichte, die inzwischen weit über die Grenzen Deutschlands hinausreicht. Wir sind eine der führenden Neobanken in Europa und haben bewiesen, dass man ein globales Tech-Unternehmen von der Spree aus aufbauen kann, was die Art und Weise, wie Millionen Menschen über Geld denken und ihre Finanzen organisieren, grundlegend verändert hat.

Unsere Mission, weil es gerade angesprochen wurde, erschöpft sich jedoch nicht in dem reinen Bankgeschäft. Aus unserer Sicht leisten wir einen gesellschaftlichen Beitrag zur finanziellen Selbstbestimmung: Bezahlen, Sparen, Investieren. Wir ermöglichen einen unkomplizierten Zugang zum Vermögensaufbau für eine junge Generation, die das klassische Bankwesen oft nicht mehr erreicht. Damit geben wir Menschen mehr Kontrolle über ihre Finanzen und öffnen den Zugang zum Kapitalmarkt, und das ohne versteckte Kosten und Gebühren.

Vielleicht drei Beispiele hierzu, was N26 oder die Neobanken etwas anders machen, zum einen ein Konto für ganz Europa! Das heißt, wir nutzen dieselbe Banking-App, auch wenn Sie innerhalb von Europa mobil sind und in ein anderes Land ziehen. Es gibt bestimmte Features wie Überweisung ohne IBAN. Das heißt, wenn Sie Geld an Freunde senden wollen, machen Sie das heutzutage per Telefonnummer oder E-Mail, nicht mehr per IBAN, und es gibt keine überhöhten Gebühren, weder bei der Kartenzahlung im Ausland noch bei dem Erwerb von ETFs oder anderen Ansparprodukten. Ein bemerkenswerter Fakt, gerade zu dem letzten Thema: In Deutschland gibt es unter anderem durch Plattformen wie N26 erstmals mehr Aktionärinnen und Aktionäre unter 40 als über 40. Damit ist aus unserer Sicht ein großartiger Fortschritt zu mehr finanzieller Teilhabe erfolgt.

Berlin ist aber nicht einfach nur unser Firmensitz, sondern Teil unserer DNA. Wir bekennen uns aus Überzeugung zu diesem Standort. Warum? – Weil Berlin, wir haben es eben schon gehört, immer noch eine einzigartige Anziehungskraft besitzt! Wir sind 1 600 Mitarbeiter bei N26, zwei Drittel davon sitzen in Berlin, kommen aus mehr als 90 Nationen. Diese Internationalität und Vielfalt sind weder Selbstzweck noch Zufall. Sie sind einer unserer wichtigsten Motoren für Innovation und Wachstum. Wir sind damit der lebende Beweis dafür, dass Deutschland im globalen Wettbewerb um digitale Finanzdienstleistungen nicht nur mithalten, sondern auch vorne mitspielen kann.

Klar ist, dass Deutschland mit vielen Wirtschaftszweigen, in denen es einst sehr erfolgreich war, nicht mehr an der Weltspitze ist, aber im Bereich Fintech sind wir richtig stark. Wir unterstützen im Grundsatz ausdrücklich die Ambition des Regierenden Bürgermeisters, Berlin zu dem führenden Fintech-Hub in ganz Europa zu machen, aber, das ist uns auch ganz wichtig, um diesen Plan zum Erfolg zu führen: Es ist kein Selbstläufer, es hängt massiv davon ab, wie die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen sind, um auf Innovation und Wachstumsstärke auszugehen.

Das bringt mich zu einem aktuellen Punkt, der uns mit Sorge erfüllt. Das ist nämlich die geplante Ausbildungsplatzumlage. Damit Berlin für Toptalente aus aller Welt, für Softwareentwickler und Datenanalysten sowie deren Familien attraktiv bleibt, müssen wir wettbewerbsfähig sein. Sie suchen ein Umfeld, das lebenswert ist und wo Wirtschaft und Innovation eine Zukunft haben. Eine Umlage, die Unternehmen wie N26 bestraft, weil wir nahezu ausschließlich hochspezialisierte Akademiker statt klassische Auszubildende beschäftigen, ist das Gegenteil von Standortförderung. Wir wollen hier klar sagen, wir investieren in digitale Ausbildung, aber etwas anders, als das in der Ausbildungsplatzumlage der Fall ist.

Zweitens: Diese Talente wollen Teilhabe. Wir schlagen deswegen vor, dass Berlin vorangeht und eine Bundesratsinitiative zur echten Reform des Mitarbeiterbeteiligungskapitals startet. Wir müssen bestimmte Probleme wie Dry Income lösen. Lassen Sie uns Berlin zum Ort ma-

chen, an dem Mitarbeiter nicht nur einen Job haben, sondern auch am Erfolg partizipieren! Das jedenfalls sehen wir in anderen Destinationen wie beispielsweise in London und Paris.

Und drittens – damit komme ich auch zum Ende –: Wenn wir in Berlin auf Augenhöhe mit anderen Finanzplätzen kommen wollen, dann sollte auch eine Niederlassung der Aufsichtsbehörde hier denkbar sein. Wir schlagen vor, dass Berlin beim Bund auf die Einrichtung einer Zweigstelle der BaFin hinwirkt, die sich speziell auf digitale Geschäftsmodelle konzentriert. Ein solcher Standort würde den direkten fachlichen Austausch zwischen Innovation und Regulierung fördern, die Aufsicht näher an die Unternehmen heranbringen und Berlin als Finanzplatz weiter aufwerten. In einem Ausbauschnitt könnte das zu einem – in Anführungszeichen – Sandboxkonzept führen, in dem junge Fintechs in enger Abstimmung mit dem Regulator ihre Innovationen testen, so wie das heute in anderen Ländern wie beispielsweise Großbritannien schon der Fall ist. – Damit würde ich schließen. Ich habe die fünf Minuten etwas überzogen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch Ihnen für Ihre Stellungnahme! – Dann gehen wir in die Runde der Fraktionen und beginnen mit der Kollegin Bozkurt von Bündnis 90/Die Grünen.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Das ging ja sehr schnell. Vielen herzlichen Dank! – Ich danke Ihnen für die Einblicke und den Input, den Sie uns gegeben haben. Vielleicht klingt das ein bisschen durch: Ich habe kritische Fragen, nicht weil ich prinzipiell Kritik an den Geschäftsmodellen habe, sondern weil ich in der Zwangssituation einer Politikerin bin, die eben über knappe Mittel verfügt und dafür Sorge tragen muss, dass sie dort ausgegeben werden oder dorthin gelangen, wo die Gesellschaft wirklich den meisten Nutzen hat. Mit Dr. Schäfer hatte ich immer mal wieder darüber gesprochen, denn ich war auch mehrfach beim House of Finance and Tech wie auch bei der FIBE, wie ich vorhin sagte, dass Innovation eben nicht zwingend Transformation bedeutet. Für uns stellt sich sicherlich die Frage, was die Mittel im Konkreten für die Gesellschaft bewirkt haben. Für Sie habe ich es verstanden. Aber was bringt es für die Gesellschaft, dass wir als Land Berlin Mittel hineingegeben haben? Das hatte ich vorhin gesagt, Fintech als Standortnarrativ bedeutet nicht zwingend, dass es auch eine wirtschaftliche Bedeutung gibt oder dass Wertschöpfung entsteht. Wenn wir über Finanzinnovation sprechen, sprechen wir oft über Effizienzgewinne, eben nicht über strukturelle Wertschöpfung.

Finanzialisierung ist ein Thema, über das wir auch sprechen sollten, wenn die Rolle von Finanzlogiken statt realwirtschaftlicher Produktion immer weiter wächst, wenn wir von Reorganisation von Märkten statt von Aufbau industrieller Kapazitäten sprechen, denn das ist ein Problem, das Berlin gerade hat. Uns fehlt nicht nur eine Industrie, wie sie andere Standorte haben – wir sind darauf angewiesen, dass wir Industrien hier ansiedeln –, sondern uns bricht auch noch Industrie weg, die wir haben, und zwar vor allen Dingen die Service- und Financebereiche und Organisationsbereiche in den Industrien. Das heißt, unser Fokus sollte woanders liegen, sage ich jetzt als Industriepolitikerin meiner Fraktion, als zu sagen, wir setzen hier Mittel rein.

Wenn wir öffentliche Förderung ohne klare Wirkungsnachweise betreiben – – Das ist vielleicht gar nicht Ihr Problem, aber das ist die Aufgabe des Senats, uns zu sagen: Was sind denn die Wirkungsnachweise? Wodurch wissen wir als Abgeordnete, dass es sinnvoll war, in das

House of Finance and Tech mehrere Millionen Euro zu investieren, während andernorts Programme gekürzt werden mussten, weil wir in einem Konsolidierungshaushalt sind? Ein Thema ist: Warum Fintech und nicht andere Transformationsfelder? Ich habe ein paar Fragen. Wenn die vielleicht zu weit gehen, möchte ich gerne im Gespräch bleiben. Das ist für mich eine Diskussion, die wir hier noch nie geführt haben. Umso sinnvoller ist es, dass wir grundlegende Fragen stellen.

Ich möchte verstehen, welchen konkreten Beitrag der Fintech-Sektor aus Ihrer Sicht für die Berliner Wirtschaft insgesamt leistet. Wo entsteht durch Fintech tatsächlich neue Wertschöpfung, und wo werden bestehende Finanzmärkte effizienter organisiert? Sehen Sie Beispiele, wo Fintech direkt zur Transformation der Realwirtschaft bei Industrie, Klima oder Produktivität beiträgt? Welche Ziele sollte öffentliche Förderung im Fintech-Bereich aus Ihrer Sicht verfolgen, und woran kann man erkennen, ob diese Ziele erreicht werden? Warum sollte Fintech aus Ihrer Sicht ein Schwerpunkt öffentlicher Förderung sein, auch im Vergleich zu anderen Zukunftsbereichen? Denn ich verstehe ja, dass wir hier sehr viele Fintechs haben, und dass das sicherlich ein Standortvorteil ist, nur: Warum sollte das der Fokus von öffentlicher Förderung sein? Brauchen Sie uns denn wirklich? Brauchen Sie denn die Politik wirklich als Fördermittelgeber? Sehen Sie Risiken in der weiteren Entwicklung des Fintech-Sektors, sowohl wirtschaftlich als auch regulatorisch? Sie haben von der BaFin gesprochen, dass sie hier möglicherweise einen weiteren Standort gut gebrauchen könnte. Gibt es denn sonst Risiken, die Sie sehen? Wo sehen Sie aktuell den richtigen Ausgleich zwischen Innovationsförderung und notwendiger Regulierung?

In Richtung des Senats – vielleicht kann uns der Staatssekretär dazu ein paar Sachen sagen –: Welche konkrete Rolle sehen Sie denn im Senat für den Fintech-Sektor in der wirtschaftlichen Gesamtstrategie Berlins? Der Transformationsbeitrag ist für mich der wesentlichste Punkt, den ich immer wieder anspreche: Welchen Beitrag soll der Fintech-Sektor aus Sicht des Senats konkret zur wirtschaftlichen Transformation leisten? Nach welchen Kriterien hat der Senat entschieden, ob ein Sektor wie Fintech öffentliche Förderung erhält? Die Wirkungsmessung: Ich weiß nicht, ob Sie so weit sind, aber wenn Sie uns was dazu sagen können, wann die Fördermittelvergabe für Sie erfolgreich war und wie Sie priorisieren, wo Fördermittel in den Bereich Fintech hineinfließen, dann würde ich das gerne verstehen. Welche Rolle sieht der Senat für sich selbst, eher begleitend für bestehende Ökosysteme oder aktiv steuernd mit klaren wirtschaftspolitischen Zielen? Da wäre eben die Eingangsfrage, welche wirtschaftspolitische Gesamtstrategie der Senat in dieser Frage verfolgt.

Zu guter Letzt: Wie fügt sich die Förderung von Fintech in eine langfristige industriepolitische Strategie für Berlin ein? Über die Herausforderung für die Industriepolitik hatte ich gesprochen, aber auch der Staatssekretär vorhin in der Aktuellen Viertelstunde. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Als Nächster der Kollege Schaal für die CDU-Fraktion!

Lucas Schaal (CDU): Vielen Dank! – Nach sozusagen dem Feuerwerk an kritischen Fragen schließe ich mich mal an und nehme ein bisschen eine positivere Perspektive ein, als das hier von den Grünen dargestellt wurde, und zwar: Wir freuen uns darüber, dass es die Finanzindustrie hier gibt. Wir sehen darin einen Wachstumsbereich. Wir sehen darin einen Bereich, von dem wir alle profitieren können, von dem diese Stadt profitieren kann, weil in dieser

Stadt Arbeitsplätze entstehen. Eine Branche, die gerade im Aufbau ist und erste Früchte trägt, gleich zu einer Transformation zwingen zu wollen oder in eine Transformation der Realwirtschaft einbauen zu wollen – ich weiß nicht, ob das vom Anspruch her nicht schon etwas hoch gegriffen ist.

Nun zu den Fragen: Sie hatten ja selber angesprochen, dass das Thema der Regulierung eines ist, das wir natürlich als Land Berlin so nicht entscheiden können, sondern das auf anderer Ebene, auch mit der BaFin, geregelt wird, aber es gibt ja Bereiche, das ist auch angesprochen worden, zum Beispiel das Thema Ausbildungsplatzumlage, wo wir was für diesen Standort tun können. Daher ganz konkret an Sie noch mal die Frage zu landesgesetzlichen Regulierungen, die Sie betreffen, die Sie als Unternehmen und Arbeitgeber hier vor Ort betreffen: Wo sehen Sie da Potenzial, wo wir mit Flexibilisierung Wachstumspotenzial schaffen können, wo wir Sie besser unterstützen können, die Innovationen treiben können und natürlich auch Ihnen helfen können, noch bessere Arbeitgeber zu sein und auch zu wachsen?

Dann tatsächlich noch mal konkret die Frage, die Sie auch an diesen Standort hätten: Ich höre immer wieder, dass es sehr gut gelingt, junge Menschen nach Berlin zu bekommen, die in ihren Zwanzigern und Dreißigern sind, für den Fintech- oder Tech-Bereich, und dass es manchmal etwas schwierig ist, die Seniorpositionen zu besetzen, Menschen abzuwerben von anderen Standorten, dass vielleicht Leute, die in ihren Vierzigern oder Fünfundvierzigern sind, eben nicht mehr so bereit sind, nach Berlin zu kommen, aus verschiedenen Gründen, weil in der Regel Kinder da sind und man sich fragt, wie man in Berlin zur Schule gehen kann und so weiter und so fort. Das sind ganz viele Fragen, die sich immer anschließen, die ich regelmäßig höre, die mir gespiegelt werden. Deswegen an Sie ganz konkret die Frage: Wie gelingt Ihnen das, sozusagen auch die Seniorpositionen, die Sie in Ihren Unternehmen haben, zu besetzen, Menschen nach Berlin zu bekommen, Menschen für diesen Standort zu gewinnen? Das würde mich in der ersten Runde noch interessieren.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann für die AfD-Fraktion der Kollege Hansel!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Herren! Ich fand das ganz faszinierend zu hören: Finanzgesundheitscore. Ich finde das ganz spannend. Ich glaube, wir leben in einer Welt, vor allen Dingen die Jugendlichen, viele sind finanzielle Analphabeten, wir haben große Verschuldung, das ist ein Riesensbereich, wir haben keine wirtschaftliche Bildung in den Schulen, das ist ein riesenproblem. Insofern ist das Thema, das Sie angesprochen haben, hier ein niederschwelliges Angebot zu machen, um hier vielleicht tatsächlich die Jugend auf eine finanzielle Mündigkeit zu bringen, hochspannend. Sie meinten, wenn wir den Durchschnittsscore in Berlin von 50 auf 60 bringen, wäre das natürlich gut, aber sagen Sie mir genau, was das heißt, was das bedeutet und wie Sie das tatsächlich umsetzen können! Das finde ich hochspannend.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann die Kollegin Bozkurt!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich möchte noch mal den Punkt vom Kollegen Schaal aufgreifen, denn ich glaube, ja, meine Fragen sind kritischer, ohne Frage. Das ist auch so beabsichtigt, nicht nur, weil ich in der Opposition bin, ich habe die kritischen Fragen gestellt, als wir noch Teil der Koalition waren, und nicht, weil ich nicht sehe, dass es ein Wachstumsbereich ist. Das ist gut, ich habe gar kein Problem damit, dass es ein Wachstumsbereich

ist, ich frage mich nur, was wir davon für die reale Wertschöpfung und Transformation der Wirtschaft haben. Das ist doch die Fragestellung. Wenn es dazu keine logische Konsequenz gibt, dann muss ich das infrage stellen, ob das ein Fokusbereich ist, in den ich Geld stecke. Darum geht es doch nur. Ich habe doch gar kein Problem mit den Geschäftsmodellen. Die haben ihre Berechtigung. Es gibt ja auch viele Fintechs hier. Die Frage ist nur, wie wir mit öffentlichen Mitteln umgehen und warum wir da investieren sollten oder nicht. Das ist die Fragestellung. Dass wir Rahmenbedingungen haben, von denen auch Fintechs profitieren, so be it. Das ist nicht die Kritik. Die Kritik ist nicht per se am Geschäftsmodell oder an Fintechs selbst, sondern warum ich als Gesetzgeberin dafür Sorge tragen soll, dass es sie weiter gibt, weil sie in Konkurrenz mit so vielen anderen Bereichen stehen, und vor allen Dingen mit der Herausforderung, dass wir hier Arbeitsplätze sichern müssen. Sicherlich schaffen sie auch Arbeitsplätze. Ich rede von Industriearbeitsplätzen, die tarifgebunden sind, die ich gerne hier haben möchte. Dafür möchte ich Sorge tragen, eben auch, weil das eine Nachhaltigkeit für unseren Wirtschaftsbereich bedeutet. Das ist die Fragestellung.

Ich möchte noch den Punkt von Herrn Hansel mit der Financial Literacy aufgreifen. Das ist tatsächlich ein Punkt. Darüber hatte ich auch mehrfach bei Ihnen Stichpunkte gehört, auch als ich vor Ort war. Ich bin Weddingener Abgeordnete. Die Straße, in der mein Büro ist, ist die Straße, in der es die Menschen mit der höchsten Verschuldung in ganz Deutschland gibt. Das heißt also, Privatinsolvenzen sind da wirklich an jeder Straßenecke gang und gäbe. Das ist ein Riesenproblem. Können Sie uns sagen, ob Sie tatsächlich einen Punkt sehen, wo der Fintech-Sektor – – Weil ich den Zusammenhang nicht ganz verstanden habe, aber vielleicht gibt es ja einen, den ich nicht sehe. Gibt es da einen Zusammenhang, wo wir sagen können, na ja, der Fintech-Sektor könnte dazu beitragen, dass man eben die Literacy der Menschen in dem Bereich erhöht und dafür Sorge tragen kann, dass sie sich vielleicht nicht verschulden?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann der Kollege Trefzer!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank! – Ich will den Beitrag meines Kollegen Hansel noch ergänzen. Ich finde es ja interessant, Frau Bozkurt, dass Sie sich um Industriearbeitsplätze Sorgen machen, aber ich glaube, Sie haben nicht wirklich verstanden, wie das in dieser Stadt funktioniert. Wir haben in Berlin einen Anteil von 87 bis 89 Prozent des Dienstleistungssektors am Bruttosozialprodukt und fast 90 Prozent der Beschäftigten. Gut tarifvertraglich Beschäftigte arbeiten im Dienstleistungssektor. Sie haben gerade den Eindruck erweckt, als ob im Finanzdienstleistungsbereich keine Wertschöpfung entstünde. Das ist genauso ein Beitrag zum Bruttosozialprodukt, ein deutlich größerer in Berlin. Wir sind bei knapp 90 Prozent Bruttosozialproduktanteil. In der Bundesrepublik insgesamt sind es, glaube ich, nur 70, 75 Prozent. Also lassen Sie bitte die Kirche im Dorf! Ich freue mich, dass Sie sich mal über Industriearbeitsplätze Gedanken machen. Ich kann Ihnen auch gerne noch ein paar Antworten geben, warum das wegbreicht. Das hat mit Ihrer Politik und dem, was Sie unter Transformation verstehen, zu tun. Darüber könnte man ganz viel reden, aber jetzt geht es darum, was uns in Berlin auszeichnet, das sind die Fintechs, und was uns hier starkmacht, und das sind die Stärken, die wir weiter stark machen müssen. Ich finde es großartig, dass wir da so was wie das House of Finance and Tech vorangebracht haben.

Ich will noch zwei Punkte aufgreifen. Herr Schwierholz, Sie sprachen von regulatorischer Problematik, die Ihnen an der einen oder anderen Stelle Sorgen macht. Ausbildungsplatzabgabe – das ist vollkommen klar. Da sind wir auf Ihrer Seite. Es ist ein Unding, was da passiert

ist, aber gut, das ist auch ein anderes Thema. Welche weiteren regulatorischen Probleme sehen Sie da? Finanzmärkte waren traditionell sehr stark reguliert. Ich weiß, dass Fintechs da immer noch gegen die traditionellen Banken zu kämpfen haben. Was könnten wir als Landesgesetzgeber an der Stelle noch machen? Dann, weil Sie es angesprochen haben: Betriebliche Vermögensbeteiligung ist ein Aspekt, aber wir stehen gerade vor dem Umbau der Altersversorgung mit dem neuen Altersvorsorgedepot ab 2027. Ich glaube, das ist ein Riesengeschäftsfeld, das sich für die Fintechs auftut, also das Umsteuern weg von dem Riester-Modell, das leider in den letzten Jahrzehnten nicht funktioniert hat, zu einem neueren, innovativeren Modell. Da wäre meine Frage: Was könnte man da möglicherweise noch machen, um das tatsächlich zu einem Erfolg werden zu lassen. Bei Riester ist einiges schiefgelaufen. Dazu gehörte auch diese unsägliche Kapitalgarantie, die, glaube ich, jetzt auch weg soll. Wie schätzen Sie die Zukunft der Altersvorsorge ein, auch im Hinblick auf die Fragen, die jetzt hier aufgeworfen wurden, gesellschaftliche Teilhabe und Streuung eines breiteren Vermögenszuwachses? – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann der Kollege Valgolio für Die Linke!

Damiano Valgolio (LINKE): Nach einem Redebeitrag sprechen zu müssen, der nicht mal in der Lage ist, Bruttosozialprodukt und Wertschöpfung auseinanderzuhalten – dazu sage ich nichts, da lache ich ein bisschen, und dann haken wir das mal ab. – Was ich die Anzuhörenden Fragen wollte, weil jetzt auch die Industrie angesprochen worden ist: Wir haben immer gesagt, ein Industriearbeitsplatz in Berlin oder einer anderen Stadt führt zu mindestens drei anderen gut bezahlten, tariflichen Arbeitsplätzen in der Zulieferindustrie, den angeschlossenen Dienstleistungsbereichen und so weiter. Ein Problem von Berlin ist, dass es so wenig Industrie hat. Deswegen muss das ja geändert werden. Deswegen ist meine Frage an Sie, ob man da für den Fintech-Bereich etwas Ähnliches sagen kann. Also führt eine florierende Fintech-Branche zu ähnlichen Effekten im Zuliefererbereich oder in anderen angeschlossenen Branchen? Kann man das so sagen, dass ein Arbeitsplatz im Fintech-Bereich zu soundso vielen anderen tarifgebunden, gut bezahlten Arbeitsplätzen in der Stadt führt? Wie sieht es überhaupt mit den Arbeitsbedingungen bei Ihnen aus? Gibt es da Tarifverträge? Also die herkömmlichen Banken unterliegen alle den Tarifverträgen der Bankwirtschaft. Gibt es für den Fintech-Bereich schon Tarifverträge? Vielleicht können Sie uns dazu etwas sagen?

Letzte Frage, um das ein bisschen zugespitzt zu formulieren: Was hat die Stadt davon, wenn Ihre Branche hier floriert? Sie haben gerade gesagt, Herr Schwierholz, mit der Ausbildungsplatzumlage wollen Sie nichts zu tun haben, normale Leute, die eine betriebliche Ausbildung absolvieren, haben Sie nicht so viele, Sie haben überwiegend Akademiker. Deswegen ist schon die Frage: Was hat die Stadt von Ihrer Branche? Dass Arbeitsplätze geschaffen werden, ist sicherlich richtig, aber wenn ich das richtig verstanden habe, sind das eher hochqualifizierte, akademische Tätigkeiten, die Sie anbieten, Ingenieure, Mathematiker, Finanzwirte und so weiter. Da kann man ja nicht sagen, dass die jetzt in Berlin oder woanders in Deutschland von hoher Arbeitslosigkeit geschlagen sind. Also das ist nicht so wichtig, dass diese Beschäftigungsgruppen hier in Berlin von der Straße geholt werden. Das ist eher so, dass wir da einen Mangel haben. Deswegen vielleicht noch mal die Frage zur realen Wertschöpfung und zu den Arbeitsplätzen, die geschaffen werden! – [Zuruf]

Vorsitzender Jörg Stroedter: Jeder kann sich melden, aber nicht dazwischen rufen. – Dann der Kollege Wapler, bitte!

Christoph Wapler (GRÜNE): Herr Kollege! Also diese Ansagen, wer hier was verstanden hat und wer nicht, sollten Sie lassen, denn das geht bei der AfD immer nach hinten los. – Ich glaube, die Branche und das Thema, die wir heute diskutieren, lohnen tatsächlich einen genauen und auch kritischen Blick, denn das schwankt ja zwischen Demokratisierung der Geldanlage und Gamification des Finanzmarktes und was da alles diskutiert wird. Gerade 2026 zeigt ja auch die Schattenseiten. Das ist durchaus ein schlagzeilenträchtiges Unternehmen, das Sie hier vertreten. Sie haben mit der BaFin auch schon in ganz anderer Weise Kontakt gehabt. Mitbestimmung, Tarifbindung waren gute Stichworte. Einen Betriebsrat haben Sie ja jetzt, aber auch erst nach langer Diskussion und Äußerungen wie, dass Betriebsräte nicht vereinbar mit den Werten von N26 sind. Da stellt sich natürlich die Frage, was denn die Werte von N26 sind.

Aber eigentlich wollte ich noch mal dem Senat die Gelegenheit geben. Die Finanzierung ist erwähnt worden. Ich finde diese Ansätze Financial Wellbeing und – – Ja, viele Menschen sorgen sich, dass ihr Ersparnis nicht ausreicht. Viele Menschen glauben mit Recht, dass sie finanziell unzureichend abgesichert sind. Insofern ist das sicherlich eine Möglichkeit, was auch die Senatorin immer sagt, in die Gesellschaft hineinzuwirken und die finanzielle Situation der Menschen zu verbessern, aber die Frage ist: Wie soll das genau laufen? Und wie sehen Sie die Entwicklung in den nächsten fünf Jahren oder so? Wo sind wir mit der Branche in den nächsten fünf Jahren? Was soll da weiter aufgebaut werden? Wie soll das nach Berlin hineinwirken? Stichwort N26: Was braucht es womöglich auch an Regulierungen vonseiten der Politik? Ich bin alt genug, dass ich mich noch an eine veritable Finanzkrise erinnern kann. Also mit welchem Bewusstsein geht der Senat auf solche Fragen ein?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann frage ich mal, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir in die Antwortrunde mit den beiden Anzuhörenden, und danach gibt es eine Stellungnahme des Senats. – Herr Dr. Schäfer, Sie beginnen!

Dr. Sebastian Schäfer (HoFT Berlin): Vielen Dank für die Fragen und Rückfragen! – Zunächst noch mal der Hinweis: Die Anschubförderung ist abgelaufen, war also temporär. Ich würde gerne ein Rechenbeispiel durchgehen, um zu zeigen, wie konkret Impact für Vermögensteilhabe und -aufbau aussehen kann. Wenn von den 3,57 Millionen allein nur 18 junge Menschen, junge Berlinerinnen und Berliner durch eine Veranstaltung beispielsweise bei uns, und wir hatten ja 2 000 bei uns in den letzten 16 Monaten, Vertrauen, vielleicht auch Selbstvertrauen und Verständnis gewonnen haben, was es bedeutet, einen Sparplan aufzusetzen – jetzt nehmen wir mal an, es sind 100 Euro im Monat, die man günstig anlegt, bei einer Rendite von 6 Prozent –, dann haben wir sozusagen bei einer Laufzeit von 40 Jahren die 3,6 Millionen im Sinne von Vermögensaufbau für diese 18 Berlinerinnen und Berliner wieder reingeholt. Jetzt muss man sich mal vorstellen, was das für ein Hebel ist, wenn wir vielleicht nicht 18, sondern 100, vielleicht auch Tausende erreichen, die so was sozusagen über eine sehr viel niedrigschwelligere Art und Weise mit Vertrauen und auch dem nötigen Finanzbildungskontext tun können: Wir reden von Milliarden. – Und wenn wir jetzt sagen würden, das ist jetzt natürlich nur ein sehr hypothetisches Beispiel, ein Gedankenexperiment, aber jeder Berliner, jede Berlinerin würde 100 Euro zusätzlich über einen ETF-Sparplan anlegen, dann sprechen wir über die nächsten 40 Jahre von einer Billion an zusätzlichem Vermögen.

Warum sage ich das? – Wenn dieses Geld an Kapitalmärkten angelegt wird, dann ist es sozusagen auch für die Finanzierung neuer Industrien und neuer Unternehmen da. Das ist das, was wir brauchen, und das ist der Beitrag der Finanzbranche, der Fintech-Branche, tatsächlich die Zukunft zu finanzieren. Ich will an der Stelle nicht weiter darauf eingehen, aber das ist so ein bisschen die Idee, dass dadurch privates Kapital mobilisiert werden kann, das dann sozusagen unsere Zukunft finanziert. Dafür ist es so wichtig, dass wir jetzt gerade ein tolles Zeitfenster haben mit Stärkung der Säulen zwei und drei, private Altersvorsorge mit der Frühstartrente, mit dem Altersvorsorgedepot und auch der betrieblichen. Das sind alles Instrumente, die wir zugänglich machen müssen, wo wir als Finanzbranche zusammen – – Und deswegen ist es so wichtig, und deswegen auch wieder der Gedanke des Ökosystems, das eben nicht einzelnen Produktanbietern zu überlassen, sondern gemeinsam daran zu arbeiten und dafür zu werben. Der Effekt ist massiv.

Wir haben, vielleicht an der Stelle auch noch mal der Punkt, sozusagen im Rahmen unserer Finanzbildungs-, Finanzwellbeing-, Finanzgesundheitsthemen einen Markt von 40 000 Anbietern weltweit identifiziert, die alle darauf einzahlen in verschiedenen Bereichen dieser Wertschöpfungskette, angefangen von günstigen Konten bis hin zu Absicherungslösungen. Wenn es gelingt, einige von denen nach Berlin zu bringen, die hier weiter Arbeitsplätze schaffen und Berlin dann wirklich zu dem europäischen Finanzstandort machen, dann haben wir eine ganze Menge erreicht. Jetzt geht es ja darum zu sehen, wie wir es diesen Anbietern noch einfacher machen können, hier Fuß zu fassen. Darum muss es regulatorisch stärker in den Dialog gehen. Das ist das, was der Kollege auch meinte. Es wäre gut, wenn die Fintechs hier auch im direkten Austausch mit den Regulatoren an dieser modernen Finanzarchitektur arbeiten, denn wenn wir das nicht tun, dann passiert eines, dann werden die Innovationen an anderer Stelle kreiert, und die werden dann sozusagen ausgerollt, und das darf nicht passieren. Deswegen ist es, glaube ich, so wichtig, dass die Fintechs hier auch noch mal, sei es auch in Richtung Unterstützung in Richtung Bundesrat, Gehör finden. – Vielleicht erst mal so viel an dieser Stelle, und dann kann ich nachher noch einzelne Punkte aufgreifen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann Herr Schwierholz, bitte!

Arnd Schwierholz (N26 SE): Ich würde gern den Punkt noch mal aufgreifen, der jetzt mehrfach gefallen ist: Was hat die Stadt Berlin davon? Warum den Fintech-Sektor unterstützen? Ich glaube, was wir schon sehen, ist, es ist gerade ein großer Wandel im ganzen Finanzsektor, der gerade passiert. Warum? – Weil das klassische Angebot nicht mehr gerade das jüngere Zielpublikum erreicht! Dafür braucht es neue Angebote. Ich sehe das als große Chance für Berlin, auf diesen Trend aufzuspringen. Ist das jetzt eine reine Transformation? Sind das Jobs, die irgendwo anders abgebaut werden und dann hier wieder aufgebaut werden? Ich kann das nicht ganz beurteilen. Ich glaube schon, dass sich die Grundgesamtheit erhöht, dadurch dass jetzt mehr Leute Produkte wie Altersvorsorge oder andere Themen, die gerade schon angeklungen sind, entsprechend wahrnehmen können.

Ich bin aus persönlicher Erfahrung – – Ich war 2000 schon Gründer hier in Berlin und habe gesehen, wie Berlin die Chance damals genutzt hat, und sehe jetzt auch, ohne konkrete Beispiele zu nennen, Zalando oder sonstige Unternehmen, die in der Zeit entstanden sind. Also ich sehe schon diesen Multiplikatoreffekt, wenn es hier Gründer gibt und Beispiele, an denen sich Gründer orientieren können, oder, wie der Kollege Dr. Schäfer gerade gesagt hat, Leute, die in einem Tech-Unternehmen, in einem Start-up arbeiten, kommen auch auf den

Appetit, entsprechend zu gründen. Das ist jetzt nicht die Formel, die gerade eben gefallen ist. Ich glaube, das war eins zu drei. Es ist ein anderer Multiplikationseffekt. Ich glaube, das eine ersetzt das andere nicht. Das sind Fragen, die Sie beantworten müssen, wo Sie entsprechend mit öffentlicher Förderung unterwegs sind.

Ich kann Ihnen nur sagen, es entsteht gerade was Neues hier im Finanzsektor. Es gibt viele Sektoren, wo ich persönlich das Gefühl habe, dass wir nicht vorne mitspielen als Deutschland, als Europa. Das ist im Fintech-Bereich anders, und ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam die Chance entsprechend nutzen können. Die Multiplikatoreffekte, die es dann gibt, haben wir, glaube ich, schon einmal in der ersten Runde der Tech-Unternehmen gesehen. Ich würde mich freuen, wenn wir das entsprechend weiter ausbauen können. – Du wolltest gerade was ergänzen.

Dr. Sebastian Schäfer (HoFT Berlin): Vielleicht einfach, weil das so ein wichtiger Punkt ist, das vergisst man manchmal. Ich meine, wir haben zwei bedeutende Finanzplätze in Deutschland mit Frankfurt, dem etablierten, und Berlin, sozusagen dem digitalen. Es sind die digitalen Player, die jetzt sozusagen die etablierten Player vor sich her treiben. Wenn man wissen möchte, was man hier sozusagen nicht nur für Berlin, sondern für Deutschland gemacht hat, dann ist das ein ganz wichtiger Indikator, denn jetzt schaut man darauf, wie man als etabliertes Institut irgendwie doch wieder näher an den Kunden gehen kann, den Kunden holistischer versteht, dem Kunden Produkte anbietet, die er wirklich braucht. Das kommt aus Berlin, und das müssen wir stärken.

Arnd Schwierholz (N26 SE): Vielleicht noch eine Ergänzung, denn es war jetzt eine ganze Menge an Fragen, die eine Frage war: Was können wir hier landesgesetzlich machen? – Das ist ein bisschen schwieriger, weil es weniger um landesgesetzliche Themen geht als wahrscheinlich darum, welche Rolle Berlin im Bundesrat entsprechend einnehmen kann.

Das Thema, das Sie angesprochen hatten: Wie bekommen wir Leute mit Erfahrung nach Berlin, die es dann irgendwann braucht? Es kam auch das Thema: Das will ich gar nicht negieren, auch N26 hatte Themen mit der Regulierung, was zum Teil auch daran lag, dass es nicht einfach ist, erfahrene Leute nach Berlin zu holen. Ich weiß nicht, was es da für Möglichkeiten gibt, aber ich kann Ihnen nur bestätigen, es ist schwierig, Leute aus Frankfurt oder München nach Berlin zu holen, die vielleicht in den jeweiligen Städten etabliert sind, die aber auch mit Berlin fremdeln. Die Willkommenskultur, die wir vorhin beschrieben haben, für junge Leute, die Lust auf Berlin haben, die sehen wir nicht für Leute mit 40 plus, was auch immer das Thema ist. Wenn wir dann an ausländische Fachkräfte denken, die sich sehr mit dem Thema Schulen und grundsätzlicher Willkommenskultur beschäftigen, ist das nicht ganz einfach, gerade auch im Vergleich zu anderen Standorten, aber es ist weniger ein landesgesetzliches Thema wie Ausbildungsplatzumlage. Es ist, glaube ich, ein besonderes Beispiel. Es ist mehr ein Thema: Wo kann Berlin die starke Stimme, die es hat, weil es die Unternehmen im Hintergrund hat, entsprechend nutzen, um bei überregionalen Themen im Bundesrat oder auch bei der BaFin entsprechend dafür zu sorgen, dass wir noch besser in den Dialog kommen, was uns dann entsprechend helfen würde?

Tarifvertrag ist mir nicht bekannt. Also bei N26 haben wir keinen Tarifvertrag. Das möchte ich auch nicht verschweigen. Das Thema Betriebsrat ist, glaube ich, für jedes Scale-Startup erst mal irgendwie schwierig. Ich glaube, wir haben uns da jetzt irgendwie ganz gut arran-

giert, also auch insofern geht es uns darum, auch entsprechend Mitarbeiter zu wertschätzen. Da ist das Thema: Wie kann man Teilhabe entsprechend auch verbreitern? Und natürlich richten wir uns da nach betrieblichen Gesetzen, so wie es jedes andere Unternehmen auch macht.

Ich glaube, das waren die großen Themen, aber ich glaube, das Wichtige ist: Was entsteht hier neu? Der Kollege Schäfer hat es gerade gesagt, das fiel auch gerade eben schon mal: niederschwellige Angebote machen. Wie schaffen wir es, dass Leute sich mit ihren Finanzen beschäftigen? Es ist schockierend zu hören, dass Ihr Büro in einer Straße liegt, wo es die meisten privaten Insolvenzen gibt. Ich glaube nicht, dass ein Fintech jetzt grundsätzlich die Antwort darauf ist, aber diese Financial Literacy über die App zu sehen, wo ich gerade stehe, und sich vielleicht nicht mit einem Bankberater zu beschäftigen, vielleicht gibt es da auch noch sprachliche Themen oder sonstiges, sondern: Wie können wir Leute empowern, sich selbst verwalten zu können? Ich glaube, das ist etwas, was ein digitales Angebot ermöglicht, was vielleicht heute so nicht für jeden zugänglich war. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann bitte ich den Senat um seine Stellungnahme. – Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst mal vielen Dank, auch für die Themensetzung am heutigen Tag! Ich glaube, das ist sehr gut, dass wir hier im Berliner Abgeordnetenhaus auch über das Thema Fintech sprechen. Ich bin sehr dankbar, dass die beiden Kollegen auch tatsächlich da sind und ein bisschen aus der Praxis berichtet haben. Wir haben mit diesem Koalitionsvertrag und den Richtlinien der Regierungspolitik und auch schon mit dem davor einige grundsätzliche Weichenstellungen vorgenommen, um eben zu sagen, gerade der Bereich der Fintechs bringt Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum, Innovation und am Ende auch das Thema Financial Wellbeing, finanzielle Gesundheit hier an den Standort, und das ist ein Mehrwert nicht nur für den Wirtschaftsstandort, sondern auch tatsächlich für die Bevölkerung hier in der Stadt. Deswegen ist es auch eine gute Entscheidung gewesen, mit dem House of Finance and Tech sozusagen eine Anschubfinanzierung für dieses Vorhaben hier in der Stadt noch mal zu geben und das auch öffentlichkeitswirksam zu tun. Sie haben das gerade auch beschrieben.

Wir haben insgesamt über zwei Jahre 3,5 Millionen Euro sozusagen dafür aufgewendet, dass wir eben dieses House of Finance and Tech initiieren können, aber die eigentliche Erfolgsgeschichte besteht ja darin, dass das jetzt übernommen wurde und dass wir nur sozusagen mit einer Anschubfinanzierung hier unterwegs waren und sich das jetzt sozusagen selbst trägt beziehungsweise durch die Unternehmen und Partner getragen wird. Daran macht sich sehr deutlich, dass es sozusagen auch ein Interesse daran gibt, so eine Initiative zu tragen. Ich würde mich sehr freuen, wenn das in anderen Branchen und Technologiebereichen ähnlich funktionieren würde, dann hätten wir hier tatsächlich einen sehr guten Schnitt gemacht.

Noch mal vielleicht ein paar Sätze zur Bilanz: Also wir zählen heute 189 Fintech-Unternehmen hier in der Stadt. Um das mal deutlich zu machen: Wir liegen damit sehr weit vor beispielsweise München mit 62, Frankfurt mit 52, Hamburg mit 34 und Köln mit 21. Also Sie sehen einen großen Abstand zu den anderen Standorten in Deutschland. Ich glaube, es ist nicht vermessen zu sagen, innerhalb Europas nimmt Berlin gerade bei der Fintech-Entwicklung doch eine sehr positive Entwicklung ein. Klassischerweise ist sozusagen der Wettbewerb mit dem Finanzstandort London mit Sicherheit gegeben, und da muss man sagen, nach dem

Brexit ist es natürlich auch eine Chance, hier innerhalb des europäischen Binnenmarkts auch tatsächlich eine größere Rolle einzunehmen.

Rund 61 Prozent der in Fintech investierten Gelder gingen im vergangenen Jahr an Berliner Start-ups. Auch das ist noch mal wichtig: insgesamt 334 Millionen Euro in insgesamt 14 Finanzierungsrunden. Das zeigt, wie stark sozusagen die Finanzierung hier am Standort tatsächlich funktioniert. Und einige der Unternehmen, also Herr Schwierholz sitzt ja nun hier, N26, aber es gibt ja auch noch viele andere, die auch wirklich einen großen Erfolg damit in den letzten Jahren beigetragen haben. Wir haben insgesamt 12 300 Beschäftigte in diesen Unternehmen. Das beantwortet vielleicht auch noch mal ein bisschen die Frage, die Frau Bozkurt vorhin gestellt hat: Was ist denn der Mehrwert sozusagen für den Standort Berlin? – Ich denke, gerade gut bezahlte 12 300 Arbeitsplätze in diesem Bereich sind mindestens ein Teil der Antwort, warum es sich lohnt, in diesen Bereich zu investieren.

Insgesamt muss man natürlich sagen, es gibt immer sozusagen die Nebeneffekte, die damit auch einhergehen. Ich sage mal, einer, der die Resilienz des Banken- und Börsensektors, die natürlich durch eine Stärkung der Innovationskraft in diesem Bereich hier vor Ort sozusagen erfolgen kann – –, ist sicherlich einer: die vielen Querschnittstechnologien, würde ich mal sagen, die damit einhergehen. Es ist ja gar nicht mehr trennscharf zwischen Dienstleistungen und Industrie zu unterscheiden, und es ist auch nicht mehr trennscharf in Fintech und andere Bereiche zu unterscheiden. Wenn Sie sich überlegen, wie viele KI-Anwendungen beispielsweise in der Fintech-Branche verwendet werden, dann ist das mindestens genauso auch eine Stärkung des KI-Standorts. Wenn es um nachhaltige Impactfinanzierungen geht, sind wir ganz nah an Green Tech dran. Also so bedingen sich die Dinge eben gegenseitig, und ich glaube, diese Trennschärfe, in der man vielleicht in der Vergangenheit damit umgegangen ist, lässt sich heute gar nicht mehr so in dieser Form eben halten.

Vielleicht noch ein letzter Punkt: Ich glaube, das ist ganz wichtig. Wir als Berliner Senat bewerten natürlich nicht, ob jedes einzelne Unternehmen gut für den Standort ist, sondern wir müssen natürlich sagen, wie die Entwicklung insgesamt ist. Es wäre auch vermessen zu sagen, dass wir in der Verwaltung sagen könnten, ob ein Unternehmen und eine Unternehmensidee funktioniert oder nicht. Deswegen ist unsere Gründungsförderung ja auch weitgehend, sagen wir mal, branchenneutral in dem Sinne: Egal, ob Sie aus einem Fintech-Bereich oder aus dem Green-Tech-Bereich kommen, Sie kriegen eine Gründungsförderung. Das ist, glaube ich, erst mal ganz entscheidend, aber wir sind natürlich trotzdem glücklich, wenn es einige Unternehmen gibt, die auch einen messbaren gesellschaftlichen Mehrwert beitragen.

Das ist ja auch schon erwähnt worden, und das sind ja auch die Säulen sozusagen des House of Finance and Tech, dass wir eben mit dem Financial Wellbeing beispielsweise tatsächlich in der Breite auch Zugänge zu Finanzprodukten, zu Wellmanagement und zu Programmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – egal, ob das die Rententhematik sozusagen betrifft oder andere Themen –, dass hier sozusagen ein positiver Effekt am Ende erfüllt werden kann.

Vielleicht zu guter Letzt noch der Nebeneffekt, der sich auch auf den Veranstaltungs- und Kongressstandort Berlin auswirkt: Auch hier ist die FIBE ja schon angesprochen worden. Ich finde, das ist schon auch eine der Vorzeigeveranstaltungen, die wir hier in Berlin am Standort haben. Mehr als 2 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus über 40 Ländern zeigen, dass eben Berlin auch international ein anerkannter Standort ist. Ich glaube, Frau Bozkurt, wenn

Sie selbst dagewesen sind, dann haben Sie auch gesehen, was für eine Dynamik bei der Veranstaltung herrscht. Ich glaube, das ist wirklich gut. Am Ende trägt eben diese Branche auch dazu bei, Wirtschaftswachstum zur Stärkung guter Arbeitsplätze zu schaffen und damit einen Mehrwert auch hier für den Standort zu bringen. Ich glaube, ich darf für die Senatsverwaltung, aber auch für den gesamten Senat sagen, wir sind sehr froh, dass wir Sie hier am Standort haben, und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit und eine gute Entwicklung der Branche hier am Standort. Freut mich sehr, dass wir heute darüber diskutieren können!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Stellungnahme des Senats! – Dann frage ich, ob es weitere Wortmeldungen aus dem Ausschuss gibt. – Ja, die Kollegin Bozkurt! – Bitte!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank auch von mir für die Antworten und auch an den Staatssekretär! Ich gefalle mir nicht in der Rolle der Kritikerin. Es ist jetzt nicht so, als würde ich mich daran laben. Der Punkt ist aber: Die Fragestellung, mit der ich reingegangen bin, war: Was haben wir als Standort oder Politik davon, dass es ein House of Finance and Tech gibt, dass der Fintech-Sektor eben so stark ist und wir davon profitieren? Was genau ist es? – Ich glaube, den wichtigsten Hinweis haben Sie mir gegeben, Dr. Schäfer, dass Sie gesagt haben, diese 18 Personen, von denen Sie sprachen, dass sie eben durch ihre Ersparnis einen Vermögensaufbau schaffen und das wiederum für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit ein Ort sein könnte. Also ich möchte das einmal festhalten, das ist alles. Das ist nicht nichts, ohne Frage, aber das ist – – Also wir diskutieren Wirtschaftspolitik, glaube ich, noch nicht in der Klarheit, dass wir noch nicht deutlich herausarbeiten, was wir jedenfalls immer unterstützen wollen, was das Ziel einer Wirtschaftspolitik ist. Und das Ziel ist, wenn wir von Wirtschaftswachstum sprechen, auch wenn wir es offenbar nicht genau erschlossen haben, wollen wir doch, dass es in der Breite den Menschen zugutekommt. Die Frau Senatorin sagt immer wieder, Berlin hat ein Wirtschaftswachstum. Im Vergleich zum Bund und zu anderen Bundesländern stimmt das ja auch. Nur, was haben die Menschen davon? Ich habe Ihnen gerade das Beispiel aus meinem Wahlkreis genannt. Das ist doch die Herausforderung, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass dieses Wirtschaftswachstum in sämtlichen, wenn auch nicht in allen Bereichen, aber in sämtlichen Bereichen dieser Stadt den Menschen zugutekommt, dass die Menschen wirklich was davon haben.

Ich finde es gut, dass es den Fintech-Sektor gibt und dass darüber ein Vermögensaufbau entsteht, aber gleichzeitig muss man auch festhalten, dass es eben Produkte wie Klarna und andere oder PayPal und andere – ich will jetzt keinen besonders hervorheben – sind, die eben zu diesen Privatinsolvenzen, von denen ich vorhin gesprochen habe, führen. Es ist eben nicht so, dass alle gleichermaßen davon profitieren, im Gegenteil! Und das möchte ich herausarbeiten und festhalten. Es geht nicht darum zu sagen, Fintech ist per se schlecht. Und wenn Sie sagen, Gründungsförderung ist geschäftsmodellagnostisch, auch gut, fair enough, wir reden aber nicht von Gründungsförderung, wenn wir ein House of Finance and Tech fördern, sondern wir reden von Institutionen, die geschaffen werden durch ein PPP, an dem sich das Land beteiligt. Auch das ist fein, nur man muss es ordentlich begründen und eben diese Breite darstellen können, warum man das macht, was eben der Vorteil für die Gesamtgesellschaft ist. Dem sind wir, glaube ich, einen Schritt näher gekommen im Verständnis. Deshalb danke schön! Aber ich glaube, die Diskussion müssen wir breiter führen, um eben das Verständnis in der Gesellschaft dafür zu schaffen, warum man den Fintech-Bereich unterstützen sollte.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann der Kollege Hansel!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Ich will da positiv anschließen. Vielleicht können Sie noch ein bisschen haptischer machen, zum Beispiel das Thema Supply Chain Finance oder Trade Finance. Industrielle Wertschöpfung ist ja eben arbeitsteilig, vorleistungsabhängig und kettenförmig. Da gibt es dann immer Probleme. Da, glaube ich, können Finance-Module relativ helfen, um Überbrückungen zu machen. Das andere sind eben B2B-Payments, die nicht über normale Banktransaktionen laufen. Das ist auch ein Teil, um industrielle Wertschöpfung zu stabilisieren oder zu enabeln, wenn es Probleme gibt. Vielleicht können Sie dazu ein bisschen was sagen, denn da sieht man doch die Relevanz dieser Innovationen im Finanzbereich.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann der Kollege Schaal!

Lucas Schaal (CDU): Ich will sozusagen noch mal festhalten, weil jetzt ja immer gefragt wurde, was Berlin davon hat; ich kann das nur für unsere Fraktion und wahrscheinlich auch für die Koalition festhalten: wahnsinnig viele Arbeitsplätze, 12 000 Stück, habe ich eben vorgelesen, 189 Unternehmen. Das muss man auch noch mal in den Kontext rücken. Wir leben im dritten Jahr der Rezession in der Bundesrepublik Deutschland. Das gab es noch nie. Wir leben in wirtschaftlich schwierigen Situationen, in denen wir um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen müssen, wir als Politik, aber natürlich auch die Unternehmen. Das ist die Stunde, die geschlagen hat. Wenn es dann im Fintech-Bereich 12 000 Arbeitsplätze in der Stadt gibt, die gut bezahlt sind, wenn dann Steuern in dieser Stadt gezahlt werden auf Gewinne, damit wir hier den Laden am Laufen halten können, dass die Musik weiter spielt und das Karussell sich weiter dreht, dann ist das ein enormer Beitrag für uns alle, den der Fintech-Bereich dem Standort Berlin zur Verfügung stellt. Das ist erst mal ein Bereich, für den ich für uns festhalten kann, dass wir da sehr dankbar sind, dass es das gibt und dass wir diesen Wachstumsbereich haben, denn so viele Wachstumsbereiche haben wir nicht, dass wir uns hinstellen können und sagen: Na ja, jetzt werden wir mal besonders wählerisch, welchen Wachstumsbereich wir denn jetzt am liebsten hätten und welchen wir nicht so gerne mögen. – Wir sind froh, dass wir diesen Wachstumsbereich haben, und werden das auch weiter fördern.

Ich glaube, dass es im Umgang mit Finanzinstrumenten tatsächlich Aufklärung schafft. Ich glaube, dass die Fintech-Banken und auch die Fintech-Kapitalanlagemöglichkeiten tatsächlich ein Beitrag dazu sind, dass sich junge Menschen mit diesem Thema auseinandersetzen. Da braucht man keine bundespolitischen Rentendiskussionen zu machen, aber als junger Mensch, der ich ja auch noch bin, ist doch vollkommen klar, dass ich mich nicht alleine auf eine Altersvorsorge verlassen kann, die mir der Staat garantiert. Das ist eine Einschätzung, die viele Menschen meiner Generation haben, weil meine Generation eben nur noch halb so viele Geburten hat wie die Generation meiner Eltern. Das ist einfach eine Verschiebung. Das ist ein demografischer Wandel, den wir in der Gesellschaft haben. Ich glaube, dass der Fintech-Bereich gerade mit dem Öffnen, mit der relativ leichten Zugänglichkeit zu Kapitalmärkten ein Beitrag dafür ist, dass gerade die junge Generation sich wappnen kann für die finanziellen Herausforderungen, die sie haben wird, wenn sie älter ist, und auch, wenn sie irgendwann mal in Rente gehen muss oder wird, weil eben wahrscheinlich, wenn sich die Zahlen und die Gesetze der Mathematik nicht grundlegend ändern, ein reines Verlassen auf die staatliche Rente und die staatliche Altersvorsorge bei den meisten Menschen sehr eng wird. Deswegen finde

ich, das ist ein Beitrag, der hier privat von privaten Unternehmen geleistet wird, für den wir als Gesellschaft dankbar sein können.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann die Kollegin Wolff!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Es ist ja nun schon sehr viel gesagt worden zum Thema Arbeitsplätze. Ja, natürlich ist es wichtig für die Stadt, dass wir hier Arbeitsplätze sichern und dass wir natürlich nach Möglichkeit immer mehr Arbeitsplätze sichern, auch gerade, was die jüngere Generation angeht. Nichtsdestotrotz haben Sie vorhin auch gesagt, es ist die jüngere Generation, die Sie zum Beispiel mit 6 Prozent locken. Ich bin ja gespannt, wo die 6 Prozent sind. Die hätte ich gerne mal gefunden. Aber das hat mich gerade ein bisschen gewundert, ehrlich gesagt, 6 Prozent sind ja schon eine Menge. Aber nichtsdestotrotz muss man in all dem, was jetzt gesagt wurde, trotzdem anmerken, es steckt auch eine Riesenverantwortung dahinter. Ich glaube, ja, und zwar unter dem, was auch Frau Bozkurt vorhin gesagt hat, natürlich um mit dieser Branche und mit dem gut umgehen zu können, braucht es dafür selbstverständlich ein Verständnis und eine Aufklärung, und ich glaube, das müssen wir als Sozialdemokraten auch sagen, das ist uns in dem Zusammenhang immer wichtig.

Natürlich ermöglicht dieses House of Finance and Tech, das ermöglicht worden ist, eben vieles unter einem Dach, aber diejenigen, die sich unter diesem einen Dach befinden, haben auch eine große Verantwortung, die sie tragen. Ich glaube, diese Verantwortung zu spüren, gerade auch für die jüngere Generation, die sich teilweise wirklich in viele Schulden stürzt, was ich mir wünschen würde, dass es nicht so ist, was ja auch damit zu tun hat, dass der Lebensstandard erreicht werden soll. Ein Lebensstandard, was ist der heute? – Der wird ganz anders gemessen, und er wird natürlich auch – ich sage es mit Vorsicht – schmackhaft gemacht, indem ich mir die Dinge schneller leisten kann. Also es gibt eben die Möglichkeit, schneller zu bestellen. Es geht einfach nach Hause, bequemerer Weg und so weiter. Damit hängt eine ganze Menge zusammen, aber nichtsdestotrotz finde ich, die Verantwortung ist groß. Und Sie von N26, wenn ich mich nicht irre, haben ja schon eine längere Erfahrung auf diesem Sektor. Insofern muss ich mich ja darauf verlassen können, dass diese Erfahrung eben auch weitergetragen wird, entsprechend diesen Bedenken, die sich im Übrigen auch für die ältere Generation auf tun, denn sie soll das der jüngeren Generation vielleicht auch trotzdem noch mal näherbringen. Also sich nur auf Jüngere zu verlassen, glaube ich, funktioniert so nicht, denn da geht ja auch was nach hinten los.

Aber ich glaube, für uns als Wertschöpfung oder auch hier für Berlin ist es schon auch ein gutes Zeichen, dass diese Stadt sich dieser Verantwortung auch annimmt und sagt, nein, bei uns kann diese Branche auch wachsen, bei uns kann sie gesund wachsen, und wir wollen das auch unterstützen. Und ich glaube, insofern haben Sie vielleicht dazu noch was zu sagen, was Sie in Sachen Verantwortung eben auch hier noch beitragen können. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Jetzt frage ich unsere beiden Anzuhörenden, ob Sie aufgrund der Äußerungen jetzt noch was Kurzes sagen wollen, dann hätten Sie das Wort. Wer möchte? – Herr Schwierholz, bitte!

Arnd Schwierholz (N26 SE): Ich fange gerne an. Ich würde es gern auf zwei Aspekte fokussieren. Das eine ist die jetzt auch genannte Financial Literacy und mit was für einer Verantwortung, und wie breit ist diese? Auch der Kommentar, ja, es ist nicht nur rein auf das End-

kundengeschäft bezogen, sondern die Financial Literacy oder die Erschließung von Zugang zu bestimmten Themen geht auch über Fintechs. Ich erinnere nur an das Sum-up-Terminal, das irgendwo im Kleinstunternehmen steht, das vorher keinen Zugang zu solchen Zahlungsmitteln hatte. Insofern sprechen wir hier nicht nur rein über Retail, sondern wir sprechen hier auch über Enablement des Businesssegments. Und das sind hier nicht Großunternehmen, sondern es sind sicherlich auch viele Kleinstunternehmen, die mit solchen Technologien dann an Produkte herangeführt werden, was sie so in der Form nicht hätten.

Das Thema Verantwortung, ein ganz wichtiges Thema, aber auch ein schwieriges Thema! Ich glaube, wir können hier nicht die Türen zumachen und sagen, in Berlin gibt es nicht die Möglichkeiten, die es global gibt, sondern das, was wir machen können, ist, entsprechend aufzuklären, entsprechend mit Fachwissen oder mit Kommentaren dahinter dafür zu sorgen, dass sich die Kunden nicht unverhältnismäßig verhalten. Beispiele sind natürlich, ich nehme mal Bitcoin, bei dem viele sicherlich mit reingelaufen sind und dann überrascht waren, dass die Preise auch runtergehen können. Das ist Aufklärungsarbeit, die wir bei N26, aber auch sicherlich bei anderen Fintechs irgendwo machen, dass es auch mal hoch und runter geht, dass eine Altersvorsorge – das Stichwort kam ja – 2027 auf mehreren Beinen stehen muss.

Ich glaube, das können wir nur schrittweise machen. Wir sehen die Möglichkeiten, die das Internet grundsätzlich bietet. Die Vielzahl an Angeboten können wir nur durch gute Aufklärung und Education entsprechend beeinflussen. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten, aber wir schaffen es natürlich nicht, die Tür zuzumachen und zu sagen, in Berlin darf keiner in Bitcoin investieren oder PayPal nutzen oder sonstiges, sondern wir müssen dafür sorgen, dass es Transparenz und Aufklärung in dem Maße, wie es notwendig ist, auch entsprechend gibt.

Das andere Thema, das hatte auch Frau Bozkurt mehrfach gesagt: Gibt es diese Formel eins zu drei, oder wie können wir den Mehrwert bestimmen? – Vieles ist schon zu existierenden Arbeitsplätzen gesagt worden, aber ich würde den Bogen gern noch mal ein bisschen weiter spannen: Jemand, der heute im Fintech-Unternehmen arbeitet oder gründet, ist per se erst mal ein Tech-Unternehmer, jemand, der mit Tech umgehen kann, und vielleicht macht der, nachdem er bei N26 oder Trade Republic oder sonst irgendwo war, ein anderes Tech-Unternehmen auf oder engagiert sich da. Also die Erfahrung, die man im Digitalbereich sammelt, kann man dann entsprechend anders umsetzen. Ich hatte vorhin Zalando als Beispiel erwähnt, sicher auch nicht ganz einfach, Delivery Hero oder sonstige, das sind Leute, die vorher in anderen Tech-Unternehmen gearbeitet haben und dann mit diesen Tech-Ideen aus Fintech oder aus anderen Tech-Bereichen dann einhergegangen sind und anders gegründet haben und dann auch – wie Sie es vorhin gesagt hatten – eher Arbeitsplätze in der Realwirtschaft geschaffen haben und nicht nur im Dienstleistungssektor. Insofern würde ich den Bogen nicht zu eng fassen: Was macht Fintech für Fintech? –, sondern was macht es, wenn wir einen erfolgreichen Tech-Standort etablieren, und dann gibt es genau diese Netzwerkeffekte, nämlich dass Leute mit der Erfahrung dann weiterziehen oder weitergründen und dann auch in entsprechend anderen Bereichen weitere Arbeitsplätze schaffen, die über den Fintech-Bereich hinausgehen.

Dr. Sebastian Schäfer (HoFT Berlin): Vielleicht kann ich daran anschließen und noch mal den ersten Punkt aufgreifen. Berlin hat sich mit dem House of Finance and Tech eine anbieterübergreifende und auch neutrale Plattform geschaffen, wo auch vertrauensbildende Maßnahmen entstehen können, einfach weil man es dort erleben kann, unabhängig von einem einzelnen Unternehmen, mit diesem Fokus auf finanzielle Gesundheit oder finanzielles Wohlbefinden.

Wir haben ja jetzt erstmals diesen Score. Dieser Score, den man mit zehn Fragen erheben kann – und ich kann das wirklich nur empfehlen, dass das jeder selber auch mal ausprobiert, dass man einfach weiß, wie konkret das dann auch in der Berliner Bevölkerung genutzt werden kann –, von 30 von 100 – und das sind eher diejenigen, die tatsächlich finanzielle Herausforderungen haben, die vielleicht überschuldet sind, die ihre Ausgaben nicht im Griff haben –, die sozusagen mit den richtigen Impulsen zu versorgen – und, wie gesagt, die Infrastruktur und die Anbieter dafür sind alle da –, das jetzt zugänglich zu machen, darüber gut zu sprechen und die Brücke zu schlagen, ich glaube, darauf wird es ankommen. Aus unseren Beobachtungen und den Daten sehen wir, einen Score von 30 auf 50 zu erheben – und das wäre dann kurz unter dem Bundesdurchschnitt –, ist viel leichter, als jetzt einen Score von 60 auf 65 zu heben. Darum geht es ja vor allem auch, also diese Gruppen abzuholen, und mit den Angeboten, die es jetzt auch gibt, die wir zum Teil in den letzten anderthalb Jahren auch mit aufgebaut haben, das ist etwas, was ich mir für Berlin, für uns wünschen würde, dass das zugänglich wird.

Vielleicht noch ein letzter Ausblick: Wir haben jetzt viel über den Verbraucher gesprochen. Eine ähnliche Logik wollen wir auch für die Unternehmen, für die Gründer und für die KMUs entwickeln, denn auch die haben es verdient, sozusagen finanziell gesund zu wirtschaften.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann gehe ich davon aus, dass wir die Punkte 2 a und 2 b vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Das ist der Fall. Dann können wir den Tagesordnungspunkt entsprechend abschließen. – Ich darf mich bei den beiden Anzuhörenden bedanken. Nett, dass Sie da waren und uns hier zur Verfügung gestanden haben! Ich wünsche Ihnen noch gute weitere Termine am heutigen Tag. Danke sehr!

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0137](#)
WiEnBe
**Frauen als Fachkräfte für die Wirtschaft gewinnen
und als Unternehmerinnen fördern**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0129](#)
WiEnBe
**Förderung von Gründerinnen und Frauen in
Führungspositionen**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.